

Keine Stimme den Nazis



Am 17. September findet in Mecklenburg-Vorpommern die Landtagswahl statt. Eine der Parteien, die nun um Stimmen werben, ist die rechtsradikale NPD.

Nach dem Einzug der Partei in den sächsischen Landtag rechnet sie sich nun auch in Mecklenburg-Vorpommern Chancen aus. Sie führt einen Schwerpunktwahlkampf mit bundesweiter Unterstützung, für den sie bis zu 1,5 Millionen Euro ausgeben will.

Im Folgenden soll über Hintergrund und Taktiken der NPD als auch ihre Vermengung mit der militanten Neonaziszene informiert werden.

Die NPD und ihr „Interesse“ an den Problemen der Bevölkerung

Flugblätter der NPD sind in vielen Briefkästen zu finden. Schlagworte der Parteipropaganda sind Arbeit, Familie, Freiheit, Sicherheit und Heimat - scheinbar unverdächtige Themen.

Die NPD und ihr rechtes Kameradschaftsgefolge kommen seit einiger Zeit bieder daher. Sie scheinen sich für die Themen ihrer Mitmenschen zu interessieren, verteilen Blumen zum Frauentag, organisieren Kinderfeste und mischen sich ein, wenn es um Hartz IV, Arbeitslosigkeit oder Schulreformen geht. Ein Blick in andere Bundesländer zeigt jedoch: Außer Spesen nichts gewesen. Die NPD offenbart ihre Politikunfähigkeit in Sachsen, wo sie das Parlament als Spielwiese für rechtsradikale Propaganda nutzt anstatt für die Durchsetzung von Wählerinteressen. Schnell war dort das wesentliche Thema des Wahlkampfes, Hartz IV, nach dem Einzug in den Landtag vom Tisch.

Seit zwei Jahren sitzen Vertreter der NPD in kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Und sie haben enttäuscht. „Die NPD versagt in der Kommunalpolitik“, kommentierte die Ostseezeitung im April 2006 eine Studie der Greifswalder Universität. Diese hatte untersucht, was die gewählten NPD-Kader in den Stadtvertretungen und Kreistagen zur Sacharbeit beitragen.

Die NPD und ihr positiver Bezug zum Nationalsozialismus

Schaut man sich das Parteiprogramm der NPD an, wird schnell der Bezug zum Nationalsozialismus deutlich. Da wird von „Mitteldeutschland“ statt von Ostdeutschland gesprochen, da heißt es, Deutschland sei größer als die Bundesrepublik, wird gefordert, die deutsche Wehrmacht solle den Soldaten der Bundeswehr als Vorbild dienen. Was bedeutet dies? Dass durch einen 3. Weltkrieg „alte Gebiete“ zurückerobert werden sollen?

Der unverhohlene Antisemitismus der NPD wird in dem ironischen Kommentar des Parteivorsitzenden Udo Voigt zu dem Bau des Holocaustdenkmals in Berlin deutlich: Dies sei das „Fundament für den Bau der neuen deutschen Reichskanzlei“. Hitlerverehrer, und Holocaustleugner finden sich als Parteimitglieder ebenso wieder wie Rassefanatiker und Militaristen. Udo Voigt bringt es auf den Punkt: „Unser Ziel ist das Reich - unser Weg die NPD“. Mehr als sechzig Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus haben dessen Erben nichts in Landtagen zu suchen.

Den Einzug der NPD in den Landtag verhindern!

Die NPD und ihre Verbindungen zur rechtsextremen Neonaziszene

Zwar ist die NPD nicht verboten, aber deshalb noch lange keine demokratische Alternative. Während des Verbotsverfahrens gegen die Partei im Jahre 2002 wies die Frankfurter Rundschau elf Mitgliedern der Parteispitze eine vorherige Mitgliedschaft in neonazistischen Organisationen nach. Das Verbotsverfahren scheiterte nicht, weil die NPD ihren demokratischen Charakter belegen konnte, sondern auf Grund von Verfahrensfehlern und der Verstrickung von V-Männern des Verfassungsschutzes in den Parteistrukturen.

In Mecklenburg-Vorpommern hat sich die Zahl der NPD-Mitglieder in den letzten Monaten mehr als verdoppelt. Die militante rechte Kameradschaftsszene hat die NPD für sich entdeckt und ist ihr zahlreich beigetreten. Die Hälfte der NPD-Landtagskandidaten rekrutiert sich aus ihr, Altkader und junge Neonazis gehen eng umschlungen in den Kampf um die Wählergunst. "Ideologisch sind wir doch sowie-so identisch", meint dazu ein NPD-Kreistagsabgeordneter.

Die NPD und Gewalt

Ob bei den Brandanschlägen von Rostock-Lichtenhagen oder den Morden an Obdachlosen in Ahlbeck und Greifswald - die Serie rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern nimmt kein Ende. Regelmäßig werden Jungen und Mädchen, Männer und Frauen von Neonazis beschimpft und gedemütigt, bespuckt, geschlagen und getreten. Ausländische Imbisse werden überfallen, Häuserwände, Kirchen oder Brücken mit Neonazi-Symbolik oder rechten Parolen beschmiert. Jüdische Friedhöfe oder Gedenkstätten für die Opfer der Nationalsozialisten werden geschändet. Verantwortlich dafür sind Neonazis, Rechtsradikale, Mitglieder von Kameradschaften und NPD. Die Partei hat keine Scheu, für diese Kriminellen als Anlaufstelle zu fungieren, denn Gewalt ist den NPD-Kadern genauso Mittel der Politik wie biedere Auftritte oder Rechtsrockkonzerte. Und ihre Kader schlagen auch mal selbst zu. So muss sich der Landesvorsitzende der Partei derzeit wegen schwerer Körperverletzung vor Gericht verantworten, weil er am Rande eines NPD-Parteitag auf eine am Boden liegende Frau eingetreten hat.

Den Einzug der NPD in den Landtag verhindern!

Welchen Zweck hätte der Einzug der NPD in den Landtag? Wäre er ein Denkmittel für die Landespolitik oder eine Form von Protest gegen eine unsoziale Politik? - Nein!

Protest gehört lautstark auf die Straße und ist in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens nötig. Er sollte jedoch solidarisch sein und keine Unterschiede zwischen Hautfarbe, Herkunft und Geschlecht machen. Aus solchen Bewegungen entwickeln sich politische Alternativen, aber nicht aus dem braunen, verwesenden Sumpf der Ewiggestrigen.

Die Wahl der NPD ist kein Denkmittel - die Politik des Landtages wird sich deshalb nicht ändern. Nach dem Einzug der DVU 1998 mit 13 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt hat die Landesregierung auch keine Arbeitsplätze aus dem Hut gezaubert, ebenso wenig in Sachsen nach dem Einzug der NPD in den dortigen Landtag 2004 - und wird es auch nicht in Mecklenburg-Vorpommern tun. Stattdessen werden Menschen aufgrund rechter Gewalt das Land verlassen, werden Investoren und Touristen aus Angst vor Neonazi-Übergriffen die Region meiden.

Die Einzigen, die von einem Einzug der NPD in den Landtag profitieren, sind die Neonazis. Ihre Netzwerke können mit Hilfe der NPD finanziell ausgebaut werden. Rechtsradikale Landtagsmitglieder bekommen staatlich zugesicherte Immunität für ihre Hetzparolen. Sie und ihre rechtsradikalen Mitarbeiter werden regulär aus der Staatskasse bezahlt. Ihre menschenverachtende Propaganda wird umfangreichen Zugang zu Öffentlichkeit und Presse bekommen.

Die NPD ist als politische Alternative nicht tragbar. Wer dieser Partei seine Stimme gibt, unterstützt militante Neonazis, Holocaustleugner, Rassisten, Revisionisten und Altnazis.

Keine Stimme den Nazis!